Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 255. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 1. November 1927

Ein Rechenschaftsbericht.

In den letzten Wochen ist in den verschiedenen Parteilagern schon mehrfach das Thema der Reichstagsneuwahl berührt worden und man mühte sich auf der Rechten wie auf der Linken ab, schon jetzt eine Wahlparole zu finden. Das scheint etwas übertrieben vorsichtig zu sein, weil doch kaum damit zu rechnen ist, daß der Reichstag auseinandergeht, ehe er sein natürliches, verfassungsmäßiges Ende erreicht hat. Daran ändert auch nichts, daß jetzt auch der Reichskanzler Dr. Marx zu dieser Frage das Wort ergriffen hat. Er hat in einer großen Rede in Essen einen Rückblick auf die Politik der vergangenen Monate gegeben, nicht so sehr als Reichskanzler, sondern als Chef seiner Partei. Wandte er sich doch zunächst gegen die Vorwürfe, die man ihm deswegen aus den eigenen Reihen her gemacht hatte, weil er eine Regierungskoalition mit den Deutschnationalen eingegangen war. Man weiß, daß dieser Entschluß in der Zentrumspartei vielfach scharf getadelt worden ist, vor allem deswegen, weil aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen eine Gesinnungsgemeinschaft zu werden schien. Dr. Marx erklärt nun aber als Parteichef, daß das Zentrum nicht auf Gedeih und Verderb mit Rechts verbunden sei; ohne jegliche Bindung vor wie nach den Wahlen will das Zentrum bleiben.

Der Parteivorsitzende Marx hat aber die Gelegenheit seiner Rede dazu benutzt, um auch als Reichskanzler zu sprechen. Die Zurücknahme einer Anzahl fremder Besatzungstruppen aus dem besetzten Gebiet ist von der französischen Regierung zugesagt und eingeleitet worden. Dr. Marx gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Versprechen auch loyal und in vollem Umfange durchgeführt wird, benutzt außerdem die Stunde, um wieder einmal darauf hinzuweisen, daß die völlige Räumung des besetzten Gebietes eine Forderung ist, die das deutsche Volk immer wieder erheben muß und erheben kann, weil es den Beweis geliefert hat für die friedliche Einstellung seiner Politik. „Auffallend war das Aufsehen, das die Rede des Reichspräsidenten bei der Enthüllung des Tannenbergdenkmals vielfach erregt hat, eine Rede, die sowohl von mir als auch vom Außenminister gebilligt worden war," fügte Reichskanzler Dr. Marx noch besonders hinzu. Auch er verspricht sich nichts von einer Diskussion zwischen den beteiligten Mächten, gibt aber dafür wieder dem Wunsche Ausdruck, daß wissenschaftliche Forschungen und unparteiische Prüfungen die Wege und Pläne aufdecken, die zum unseligen Beginn des Weltkrieges geführt haben. Dem Urteil, das dann erst gesprochen werden kann, werde sich jedes Volk unterwerfen müssen, so schmerzlich es auch sein werde. „Bis dahin empfinden wir die Behauptung, als habe Deutschland den europäischen Brand entfesselt, als schwer und tief verletzende Ungerechtigkeit."

Es wäre übertrieben, wenn man die innen- und außenpolitischen Ausführungen des Reichskanzlers und Zentrumsparteivorsitzenden nun als Zeichen dafür nehmen wollte, als rechne man in Regierungskreisen etwa mit baldigen Neuwahlen. Gewisse Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen hinsichtlich einiger Fragen der Innenpolitik haben offenbar doch nicht einen irgendwie erheblichen Grund zu tiefer gehendem Zwiespalt abgegeben; die politischen Probleme des gegenwärtigen Augenblicks haben ihren Druck geltend gemacht, um all die theoretischen Auseinandersetzungen über Flaggenstreit, Staatsform usw. zu vertagen. Dr. Marx sprach jedenfalls in Sätzen, die den Willen zur Versöhnung deutlich verspüren lassen. Der Kampf um die Staatsform hat sich — darin ist dem Reichskanzler ohne weiteres recht zu geben — im letzten Jahre doch schon erheblich abgeschwächt, weil sich die Republik dadurch festigte, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintraten und in der Regierung eifrig mitarbeiten. Trotzdem will Dr. Marx aber nichts davon wissen, eine Wahlparole mitzumachen, die sich allein auf das Bürgertum stützt und eine Abwehrfront gegen die Sozialdemokratie herstellen will. Der Vorsitzende der Zentrumspartei gibt eben deutlich zu verstehen, daß beim kommenden Wahlkampf eine gemeinsame Schlachtreihe der in der jetzigen Regierungskoalition vereinigten Parteien nicht gebildet werden soll. Vorläufig aber bleibt man noch zusammen, nicht etwa aus Liebe zueinander, sondern, weil man gemeinsame politische Ziele erreichen will.

Korrektur der Friedensverträge.

Masaryk zur Außenpolitik.

Anläßlich des Nationalfeiertags hielt Präsident Masaryk bei einem Empfang auf der Prager Burg eine Rede, in der er sich auch mit Fragen der auswärtigen Politik und mit Deutschland beschäftigte. Präsident Masaryk erklärte: Durch den Krieg haben die Besiegten und die Sieger gelitten. Bereits ist aber eine Konsolidierung sichtbar, insbesondere gilt dies für Deutschland. Ich habe schon des öfteren darauf hingewiesen, daß wir mit Deutschland rechnen müssen, nicht mit dem geschlagenen, sondern mit dem erneuerten und starken Deutschland. Ich habe mir niemals verheimlicht, daß die Friedensvereinbarungen und insbesondere die neue Verteilung Europas nicht in allen Einzelheiten vollkommen sind.

Über die Einzelheiten einer Korrektur kann verhandelt werden. Aber es muß dies sachlich und gerecht, nicht agitatorisch erfolgen, und die Verhandlungen müssen von Staat zu Staat vor sich gehen. Die Friedensverträge werden nicht tangiert. Denn wir können nicht zulassen, daß sie zu einem Fetzen Papier werden und daß allgemeine Unsicherheit und Anarchie einreißen. Anständige und ehrenhafte Menschen können sich sachlich selbst über die schwierigsten Probleme einigen. Im Programm des Völkerbundes wurde daran in geeigneter Weise gedacht.

Dr. Marx über Innen- und Außenpolitik

Reichskanzlerrede in Essen.

Auftakt zum Wahlkampf.

Im großen Saal des Städtischen Saalbaues in Essen hielt Reichskanzler Dr. Marx im Rahmen einer Kundgebung der Zentrumspartei eine Rede über aktuelle politische Tagesfragen, der wichtige Bedeutung zukommt. Der Reichskanzler wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, daß sich schon jetzt die Parteien in ihren Handlungen von den bevorstehenden Wahlen beeinflussen lassen. Der Reichskanzler stellte weiter fest, daß niemand es wage, seine Treue zur Verfassung und zur Republik anzuzweifeln, und kam dann kurz auf

die Vorgeschichte der Bildung der jetzigen Reichsregierung

zu sprechen. Die jetzige Regierung sei gebildet worden, nachdem die Sozialdemokratie das Minderheitskabinett der Mitte im Dezember vorigen Jahres gestürzt hätte, obwohl ihr hinsichtlich der Reichswehr Zusagen gemacht worden seien, Zusagen, die auch in das Programm der jetzigen Regierung aufgenommen und durchgeführt worden sind. Wenn wir, so sagte Marx weiter, unseren Wiederaufstieg wollen, dann müsse man politische Krisen vermeiden und ruhige politisch vernünftige und erfolgreiche Arbeit leisten. Dr. Marx wies sodann auf die Ergebnisse hin, die die jetzige Reichsregierung bisher zu verzeichnen hat. Hierzu zählte er in erster Linie die Befestigung der Republik in den letzten Jahren, die Verlängerung des Republikschutzgesetzes, und das große Werk der sozialen Arbeitsversicherung. Weiter kam der Reichskanzler auf die so heftig umkämpfte Frage von

Flaggenstreit und Staatsform

zu sprechen.

Was den Flaggenstreit anbelangt, so bedauere ich, daß dieser Streit jetzt mit einer Leidenschaft geführt wird, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten droht, und ich würde es noch mehr bedauern, wenn etwa der nächste Wahlkampf unter der Parole: hie Schwarz-weiß-rot, hie Schwarz-rot-gold geführt werden sollte — eine Parole, die nichts besagt für die Lösung der schwierigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, vor welchen die deutsche Politik in den nächsten Jahren stehen wird. Schwarz-rot-gold, das betone ich auch heute wieder, ist keine Verketzerung und Verkennung von Schwarz-weiß-rot, und wer Schwarz-weiß-rot in Ehren hält, braucht deshalb Schwarz-rot-gold nicht zu schmähen. Wer ernstlich den Flaggenfrieden will, der sorge dafür, daß die Flaggen von einst und jetzt nicht herabgesetzt und verketzert, sondern so geachtet und geehrt werden, wie es den Flaggen einer Nation, die auf ihre Würde hält, gebührt. Wer aber in dem Flaggenstreit mehr sieht als einen Streit um ein Symbol, dem vermag ich nicht mehr zu folgen. Die Staatsform ist und bleibt die Republik und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein seiner Verantwortung bewußter Politiker heute allen Ernstes daran denkt, auch den Kampf um die Staatsform noch in die politische Debatte zu werfen. Wir haben keinerlei Veranlassung, die vorhandenen, an und für sich schon schwierigen Probleme in den kommenden Jahren noch mit Fragen zu belasten, deren Aufwerfung Kämpfe von unerhörter Leidenschaft im Gefolge haben müßte.

Reichskanzler Dr. Marx behandelte sodann mehrere außenpolitische Fragen. Er betonte hierbei, daß

unsere Außenpolitik

seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie aufweist. Hierbei erhob Dr. Marx wieder die Forderung nach völliger Räumung des besetzten Gebietes, nachdem Deutschlands Entwaffnung vollkommen durchgeführt sei und die Politik der letzten Jahre den besten Beweis für die friedliche Einstellung des deutschen Volkes in seiner weitaus größten Mehrheit geliefert hat. Weiter behandelte Marx

die Tannenbergrede des Reichspräsidenten und die Frage der Kriegsschuld.

Die Rede Hindenburgs sei sowohl von ihm wie vom Reichsaußenminister gebilligt worden. Die Frage der Kriegsschuld könne nicht durch Reden hin und her entschieden werden, vielmehr müsse ernste wissenschaftliche Forschung und unparteiische Prüfung die Wege und Pläne aufdecken, die zum unseligen Beginn des Weltkrieges 1914 geführt haben. Die Frage nach der Kriegsschuld werfe Deutschland in der Überzeugung auf, daß eine wahre Versöhnung der Nationen unmöglich sei, solange ein Mitglied der großen Völkerfamilie in den Augen der anderen gebrandmarkt werde und bleibe. Deutschland empfinde die Behauptung, daß es den europäischen Brand entfesselt habe, als eine schwere und tief verletzende Ungerechtigkeit.

Zu den finanzpolitischen Angelegenheiten, die in der letzten Zeit im Vordergrund des politischen Interesses standen, übergehend, kam Dr. Marx auch auf

das Schreiben des Reparationsagenten

zu sprechen, wobei er bedauerte, daß durch Indiskretionen die Öffentlichkeit von dem Schritte Parker Gilberts unterrichtet worden sei. Dr. Marx gab zu, daß der Reparationsagent sich in seiner Denkschrift über Bedenken äußert, die die Finanzgestaltung Deutschlands bei ihm hervorgerufen hat. Er tat das, wie Dr. Marx betont, in durchaus vorsichtiger Weise und unter nachdrücklicher Verwahrung dagegen, daß er sich in innenpolitische Verhältnisse Deutschlands einzumischen beabsichtige. Die Erhöhung der Beamtengehälter entspreche einem dringenden Bedürfnis und wenigstens für das erste Jahr könne sie aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ohne Steuern gedeckt werden. Den Schluß seiner Ausführungen bildete eine

Befürwortung des Reichsschulgesetzes,

über dessen finanzielle Auswirkungen von der Opposition geradezu phantastische Berechnungen aufgestellt worden seien. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, dem dem Reichstag vorliegenden Regierungsentwurf eine Gestaltung zu geben, die allen berechtigten Wünschen der verschiedenen Parteien und Weltanschauungsgruppen gerecht werde. Das Reichsvolksschulgesetz solle Arbeit an Deutschlands Wiederaufbau sein, solle ein Kulturwerk werden, das gleichzeitig ein Gradmesser ist für die sittliche und geistige Reife unserer Nation. Die bürgerliche Toleranz müsse das leitende Prinzip bei der Schaffung des Volksschulgesetzes sein. Es solle, soweit wie möglich, niemand gezwungen sein, seine Kinder in eine Schule zu schicken, die seiner Weltanschauung und seinem Erziehungsideal nicht entspreche. Die Gleichberechtigung der drei Schularten werde auf jeden Fall in einem Gesetz enthalten sein, das unter Mitwirkung des Zentrums zustande kommen soll. Die christlichen Eltern würden es einfach nicht verstehen, wollte man in dem neuen Volksschulgesetz eine Regelung treffen, die sie von dem Rechte ausschließt, ihre Kinder in einer Schule erziehen zu lassen, die ihrer Weltanschauung entspricht. Wer den Willen der Eltern als mitbestimmenden Faktor bei der Erziehung der Kinder anerkenne, dürfe an dem Willen der christlichen Eltern in den sogenannten Simultanschulländern nicht vorübergehen.

Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen: Hier und da hört man bereits

Parolen für den nächsten Wahlkampf.

Es scheint mir verfrüht, schon jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Es kann sein, daß Reichstagswahlen bald bevorstehen, es kann sein, daß sie erst im Herbst oder im Winter des nächsten Jahres kommen. Die politischen Verhältnisse sind noch zu sehr in der Bewegung, als daß man heute schon den Zeitpunkt der Wahlen voraussagen könnte, geschweige denn kann man bereits Einzelheiten für die im neuen Reichstag zu verfolgenden Ziele darlegen.

Nur das eine kann ich jetzt schon mit aller Bestimmtheit feststellen: das Zentrum wird nach den kommenden Wahlen, in die es — was ich mit Nachdruck betone — ohne jede Bindung hineingehen wird, genau so wie früher seine Kraft dem Staate zur Verfügung stellen und mit denjenigen Parteien Staatspolitik betreiben, die geneigt sind, mit ihm zusammen die bisherige Politik im wesentlichen fortzusetzen und auf dem Boden der Verfassung das Staatswohl zu fördern.

*

Pariser Echo der Reichskanzlerrede.

Die französische Presse beschäftigt sich in ausführlicher Weise mit der Rede des Reichskanzlers. Das sehr weit rechts stehende „Echo de Paris" wirft die Frage auf, welchen Zweck die Politik des französischen Außenministers nach diesen Ausführungen des Reichskanzlers habe und was aus Europa werden müsse, wenn sich Deutschland genügend stark fühlen werde. Der „Matin" findet in der Wiedergabe der Rede als bemerkenswertesten Satz die Feststellung Dr. Marx', daß das deutsche Volk nur aus moralischen Beweggründen auf der Erforschung der Wahrheit bestehe. Für den „Excelsior" bedeutet die Rede die Forderung: „Die Alliierten müssen das Rheinland räumen." Die Linkspresse begnügt sich mit einer Wiedergabe der Rede.

Die Besprechungen mit dem Reparationsagenten.

Teilnahme des Auswärtigen Amtes.

Zwischen dem Reparationsagenten Parker Gilbert und dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist die Aussprache über die Denkschrift des Reparationsagenten fortgesetzt worden. Neuerdings nimmt auch das Auswärtige Amt an diesen Besprechungen teil, da man in Regierungskreisen der Ansicht ist, daß das Reparationsproblem sehr tief in die Außenpolitik eingreift und nicht als eine reine Angelegenheit des Reichsfinanzministeriums betrachtet werden könne. Wann die Beratungen mit Parker Gilbert zum Abschluß kommen werden, steht noch nicht fest. Doch ist anzunehmen, daß man bis Mitte der nächsten Woche zu einem abschließenden Ergebnis gelangt sein wird. Alsdann wird eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, in der man sich erneut mit dem Memorandum Parker Gilberts befassen und die Antwort der Reichsregierung festlegen wird.

Von gut unterrichteter privater Seite wird darauf hingewiesen, daß die Tragweite der Denkschrift in bestens unterrichteten Kreisen für noch ungleich größer erklärt wird, als man in der Öffentlichkeit bisher angenommen hat, so daß man es in den gleichen Kreisen für ausgeschlossen hält, daß die Denkschrift auf die Dauer geheimgehalten werden könnte.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF